



## Nicas gegen Ortega

Ana Vijić über die Entwicklung unter ihrem Präsidenten. Seite 10

Foto: MRS

## Kapitalist gegen Kapitalismus

Wolfgang Nürnberger ist Unternehmer und plädiert für soziale Visionen. Seite 16

## Drei gegen drei

Reformer gegen Konservative bei den Wahlen in Iran. Seite 7

Foto: AFP/Atta Kenare



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 9. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 107

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Falsch abgebogen

Markus Drescher über den Wahlverlierer SPD

Die SPD hat verloren. Torsten Albig hat verloren. Martin Schulz hat verloren. Die Genossen sollten sich nach der Wahl in Schleswig-Holstein ganz schnell vom Bild des Schulz-Zuges verabschieden, denn nach den Schlapfen im Saarland und nun im hohen Norden drängt sich der Eindruck auf, dass der nicht zum Sieg, sondern aufs Abstellgleis fährt. Für Angela Merkel und die CDU stehen die Zeichen dagegen auf Durchfahrt – wieder bis ins Kanzleramt?

Dass sie von den Genossen daran gehindert werden kann, ist zwar angesichts der noch relativ langen Strecke bis zur Bundestagswahl nicht unrealistisch. Doch dafür müsste die SPD noch ein paar mehr begeisterte Mitfahrer, sprich Wähler, finden.

Viele warten doch geradezu auf einen Lokführer, der die Bundesrepublik ein paar Haltestellen näher Richtung soziale Gerechtigkeit fährt, wie der erste Hype um Schulz gezeigt hat. Eine vage Ankündigung eines hemdsärmeligen Typen aus Brüssel ließ zwar die Ticketverkäufe in die Höhe schnellen. Doch nahm Schulz seitdem die falsche Strecke, um ja nicht in die Nähe der Linkspartei zu geraten. Lieber ließe er da schon die FDP zusteigen.

Um mit denen bei mehr Gerechtigkeit anzukommen? Mit Sicherheit nicht. Schulz hat es für kurze Zeit geschafft, Tempo aufzunehmen. Doch wer den Leuten vorgaukelt, sie hätten eine Reise mit der Sozialdemokratie im besten Sinne gebucht, die dann doch wieder nur zur ollen SPD führt, wird nicht mehr als Schaffner unter Merkel.

## UNTEN LINKS

Zur Vermeidung von Missverständnissen – und aus aktuellem Anlass – sei an dieser Stelle einmal darauf hingewiesen, dass der Titel dieser täglichen Glosse keinesfalls mit einer Nachrichtenüberschrift zu verwechseln ist. Dies gilt auch an Erscheinungstagen der Zeitung, die auf politische Wahlen folgen. Um Fehldeutungen vorzubeugen, haben wir die Rubrik seinerzeit auch extra nicht »Links unten«, sondern »Unten links« genannt, obwohl beide Standortbestimmungen der journalistischen Sorgfaltspflicht vollumfänglich Rechnung getragen hätten. Worauf wir hinauswollen, ist ein Verweis auf die Tatsache, dass wir auch dann nicht »Oben rechts« über diese Zeilen geschrieben hätten, wenn Frau Le Pen jetzt Präsidentin von Frankreich wäre. Und selbst in dem Falle, dass Frau Wagenknecht und Herr Bartsch sich ab September das Amt der Bundeskanzlerin teilen sollten, werden wir die Glosse nicht in »Links oben« umbenennen. So viel steht fest. mha

## Kandidatenhandwerk

Martin Schulz bekämpft desillusionierende Wahlergebnisse mit Wirtschaftsagenda



Foto: dpa/Carsten Rehder

Berlin. Der Schulz-Effekt schwindet, wie nicht nur Umfragen, sondern auch die realen Ergebnisse des bisherigen Wahljahres nahelegen. Worin der Effekt eigentlich besteht, darüber kann man beim Anblick des sich spiegelnden Kanzlerkandidaten der SPD leicht ins Grübeln geraten. Schrumpft da gerade Schulz' Spiegelbild oder schon die Illusion der sozialen Gerechtigkeit? Was ist optische Täuschung, was echt? Am Ende werden die Wähler ohne Illusionen auskommen müssen. Wahlen sind immer auch Ent-Täuschungen. Auf der anderen Seite dürfte inzwischen auch die SPD mit Bangen dem nächsten Wochenende ent-

gegensehen, wenn die bereits dritte Wahlentscheidung dieses Jahres ansteht – die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. In Schleswig-Holstein wurde am Wochenende die sogenannte Küstenkoalition aus SPD, Grünen und Südschleswigischem Wählerverband abgewählt, die Bundeskanzlerin gratulierte am Montag dem Wahlsieger ihrer Partei, Daniel Günther (CDU), der einen klaren Regierungsauftrag erhalten habe. Laut vorläufigem amtlichen Endergebnis gewann die CDU rund einen Prozentpunkt hinzu und wurde mit 32 Prozent stärkste Kraft. Die SPD verlor rund drei Zähler und kam auf 27,2 Prozent.

Das Selbstbewusstsein von Martin Schulz hatte am Montag allerdings keinen sichtbaren Schaden genommen. In einer mit Spannung erwarteten Rede vor Vertretern der Berliner Wirtschaft ließ der Kandidat seiner »Wettbewerberin« Angela Merkel huldvolles Lob für ihre wirtschaftspolitischen Leistungen als Kanzlerin zukommen, die sie nach Schulz' Ansicht freilich dem Umstand verdankt, dass sie stets dem Sachverstand solcher SPD-Politiker wie Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Brigitte Zypries folgte. Erstmals ließ Schulz erkennen, wie er sich die Wirtschaftspolitik eines Bundeskanzlers vorstellt. uka Seite 6

## Macrons Marsch mobilisiert Berlin

Merkel, Schulz und Gabriel sehen im neuen Präsidenten Frankreichs den Garanten für eine gute Zukunft

Der französische Wirtschaftsliberale Emmanuel Macron sorgte mit seinem Sieg in der Präsidentschaftswahl für euphorische Reaktionen bei den Regierungsparteien in Deutschland.

Paris. Emmanuel Macron muss in den kommenden Tagen eine Regierungsmannschaft zusammenstellen und dabei auch die französische Parlamentswahl im Juni im Blick haben. Am Sonntag übernimmt der 39-Jährige von Staatschef François Hollande das Amt.

Der ehemalige Wirtschaftsminister, der mit 66,1 Prozent die rechte EU-Gegnerin Marine Le Pen (33,9 Prozent) bei der Präsidentschaftswahl besiegt hatte, strebt ein breites Bündnis für seine Umbaupläne an. Sein Sprecher Christophe Castaner sagte am Montag dem Sender BFMTV, Ziel sei eine »Mehrheit aus Frauen und Männern, die von der sozialistischen Partei, den Republikanern, der Mitte« und aus der Zivilge-

sellschaft kommen. Der Generalsekretär von Macrons Bewegung »En Marche!«, Richard Ferrand, schloss nicht aus, dass der künftige Präsident einen konservativen Politiker zum Premierminister machen könnte. Wer an der künftigen Regierungsmehrheit beteiligt sein wolle, müsse aber die Reformvorhaben des Präsidenten unterstützen, sagte Ferrand dem Sender RTL.

Die Wahlbeteiligung lag unter 75 Prozent. Vier Millionen Franzosen gaben zudem einen leeren Umschlag oder einen ungültigen Stimmzettel ab – und signalisierten so, dass sie weder für Macron noch für Le Pen stimmen wollten.

Der Wahlsieg des neoliberalen Reformpolitikers wurde in zahlreichen EU-Hauptstädten mit großer Erleichterung aufgenommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte die »gemeinsamen Herausforderungen« für Deutschland und Frankreich. Es gehe jetzt darum, »unsere Länder

und die Europäische Union in eine sichere und erfolgreiche Zukunft zu führen.«

Auch SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz brachte sich eifertig als deutscher Partner des neu Gewählten in Stellung. »Mit Em-

**Vier Millionen Franzosen gaben einen leeren Umschlag oder einen ungültigen Stimmzettel ab.**

manuel Macron ist nun ein reformorientierter und ambitionierter französischer Präsident gewählt worden, der in Berlin ein Gegenüber braucht mit ähnlicher Energie und festem Willen, dieses Europa voranzubringen«, sagte Schulz am Montag in einer Rede vor Wirtschaftsvertretern in Berlin. »Jemand, der gute Kontakte in

die Nachbarländer hat. Jemand, der mit den europäischen Institutionen ambitionierte Projekte voranbringt, von denen Deutschland genauso wie Europa profitiert«, beschrieb Schulz sein Eigenprofil. Am Sonntagabend hatte Schulz Macron auf Twitter gratuliert. »Und jetzt machen wir Europa gemeinsam besser!«, verkündigte der frühere EU-Parlamentspräsident.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel drängte derweil den Koalitionspartner Union zur Lockerung der strengen Haushaltsvorgaben. Dem neuen französischen Präsidenten müsse mehr finanzieller Spielraum gewährt werden, um ein weiteres Erstarken von Le Pen zu verhindern, sagte der SPD-Politiker in Berlin.

Für LINKE-Chef Bernd Riexinger ist Macrons Vision »die französische Version der Agenda 2010«. Damit seien weitere Privatisierungen programmiert. Agenturen/nd Seiten 2 und 3

## Erinnerung an Sieg über Nazi-Deutschland

Macron und Hollande Seite an Seite bei Gedenken in Paris

Paris. Der künftige französische Präsident Emmanuel Macron und Amtsinhaber François Hollande haben gemeinsam an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 72 Jahren erinnert. Die beiden Politiker hielten am Montag für eine Schweigeminute am Grab des unbekanntesten Soldaten unter dem Pariser Triumphbogen inne. Anschließend ertönte erst die französische Nationalhymne Marseillaise, dann das »Lied der Partisanen«. Die Zeremonie ist Tradition am französischen Feiertag zum Sieg über Nazi-Deutschland, das am 8. Mai 1945 kapituliert hatte. Hollande hatte zuvor einen Kranz an der Statue von General Charles de Gaulle niedergelegt, der im Zweiten Weltkrieg die französische Exilregierung angeführt hatte. Begleitet von einer Motorrad- und Reiter-Eskorte der Republikanischen Garde fuhr Hollande anschließend über den Prachtboulevard Champs-Élysées zum Triumphbogen.

Am Dienstag wird in Russland der Tag des Sieges über Hitler-Deutschland traditionell ebenfalls mit einer großen Parade begangen. dpa/nd Seite 16

## Südsudan: Kinder auf der Flucht

Zwei Millionen suchen Schutz vor der Gewalt der Bürgerkriegs

Genf. Mehr als zwei Millionen Kinder sind nach UN-Angaben wegen der Gewalt in Südsudan auf der Flucht. Die Hälfte von ihnen sei in die Nachbarländer geflohen, teilte das Kinderhilfswerk UNICEF am Montag in Genf mit. Drei von fünf Flüchtlingen, die in teils völlig überfüllten Lagern in Uganda, Kenia, Äthiopien und Sudan ankämen, seien Kinder. Die Zahlen zeigten, wie schrecklich die Lage in Südsudan mittlerweile sei. Die Zukunft einer ganzen Generation stehe auf dem Spiel.

»Keine Flüchtlingskrise sorgt mich so sehr wie die in Südsudan«, sagte der Afrika-Direktor des Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Valentin Tapsoba. Es sei umgehende und umfassende Staatenhilfe nötig, um das Leben der Kinder zu retten. Viele litten unter Traumata und seien auch körperlich ausgezehrt. Mehr als 75 000 seien ohne Begleitung Erwachsener in den Flüchtlingslagern angekommen. In Südsudan ist die Lage kaum besser. Dort herrscht seit Ende 2013 Bürgerkrieg zwischen Armee und Rebellen. epd/nd

## Bundeszuschüsse für Berlin erhöht

Neuer Hauptstadtvertrag am Montag unterzeichnet

Berlin. Der Bund gibt dem Land Berlin in den kommenden zehn Jahren deutlich mehr Geld für hauptstadtbedingte Aufgaben. Insgesamt fließen bis Ende 2027 zwei Milliarden Euro, vor allem für die Innere Sicherheit und die Kultur. Das geht aus dem Hauptstadtfinanzierungsvertrag hervor, den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Kulturstatsministerin Monika Grütters (beide CDU) sowie Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Kultursenator Klaus Lederer (LINKE) am Montag in Berlin unterzeichneten. Zu der Vereinbarung zählt auch der Tausch von mehreren Grundstücken. »Mit dem neuen Hauptstadtvertrag nimmt der Bund seine Verantwortung für die Bundeshauptstadt bei der Bewältigung ihrer hauptstadtbedingten Aufgaben weiter wahr«, sagte Schäuble. Die Hauptstadt müsse eine Fülle von Funktionen erfüllen. So setze der Bund »wichtige Impulse, um Berlins weltweit anerkannte und geschätzte Kulturlandschaft weiter zu festigen.« mkr Seiten 4 und 11

ISSN 0323-3375



4 198652 501709